bericht aus dem grossen rat

Vor seiner Sommerpause tagte der Grosse Rat im Juni mehrfach. An den regulären Sitzungen waren verschiedene bildungspolitische Vorstösse traktandiert. An der Bündelitag-Sitzung ging es vor allem um die gewichtigen Jahresberichte der Finanz- und der Geschäftsprüfungskommission.

Im Mai 2025 wurden (endlich!) die Ergebnisse der 2023 erfolgten Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK) in den Erst- und Fremdsprachen im dritten Sekundarschuljahr veröffentlicht. Darauf stellte Bruno Lötscher-Steiger (Mitte/EVP) in einer Interpellation betreffend Wirksamkeit des Französischunterrichts und zur Zukunft des Frühfranzösisch in Basel-Stadt Fragen zu den «alarmierenden» Werten in Französisch. In seiner mündlichen Antwort verwies Erziehungsdirektor Mustafa Atici auf die laufende Überprüfung des geltenden Sprachenkonzepts, die gemeinsam mit den Kantonen Basel-Landschaft und Solothurn erfolge, sowie auf die Antwort des Regierungsrates auf den Anzug von Sandra Bothe (GLP) betreffend die Überarbeitung der Bildungsstrategie beim Fremdsprachenerwerb an der Volksschule und Stärkung der Grundlagenfächer. Es werde eine wissenschaftlich fundierte Auslegeordnung für die anstehende fachliche und politische Diskussion angestrebt. Dabei seien die verbindlichen Vorgaben des HarmoS-Konkordats zum Zeitpunkt der Einführung der Fremdsprachen sowie zur regionalen Koordination (zum Beispiel Passepartout) zu beachten. All diese Entwicklungen betreffen nicht nur Französisch, welches allerdings aktuell auf allen Stufen stark unter Druck steht – zum Beispiel auch aufgrund der neuen Möglichkeit zur Abwahl von Französisch als Grundlagenfach zugunsten von Italienisch in den Gymnasien.

Ebenfalls im Juni wurde ein Anzug von Anina Ineichen (Grüne/jgb) betreffend logopädische Versorgung auf Sekundarstufe II stillschweigend überwiesen (Frist für die Antwort der Regierung im Juni 2027). Eine Motion von Nicola Goepfert (BastA) betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte wurde mit Einverständnis des Motionärs aufgrund der Massnahmen der Regierung zur Attraktivitätssteigerung des Arbeitgebers Basel-Stadt nicht überwiesen. Die Motion von Fleur Weibel (Grüne/jgb) betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg wurde stillschweigend in einen Anzug umgewandelt und der Regierung zur Stellungnahme bis Juni 2027 überwiesen.

BERICHTE VON FINANZ- UND GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

Die eigentlichen Brocken an den Juni-Sitzungen stellten die Berichte der Finanzkommission (Präsident: Joël Thüring, SVP) sowie der Geschäftsprüfungskommission (Präsident: Tim Cuénod, SP) zur Jahresrechnung und zum Jahresbericht 2024 der Regierung dar. Diese werden vom Parlament traditionell an der sogenannten Bündelitag-Sitzung vor den Schulsommerferien behandelt. In beiden Berichten werden von den zuständigen Kommissionen regierungsrätliche Zielsetzungen und Umsetzungsmassnahmen kritisch kommentiert, aber auch parlamentarische Empfehlungen und Forderungen formuliert. Die wichtigsten Punkte betreffend Erziehungsdepartement folgen nachstehend:

- Stellvertretungskosten für Unterrichtsausfälle: Seit 2018 sind die Kosten für Stellvertretungen massiv und überproportional gestiegen. Es fehlen noch immer eine fundierte Ursachenanalyse und ein differenzierter Massnahmenplan. Warum werden Lehr-, Fach- und Leitungspersonen krank? Was überfordert sie? Welche Investitionen in Gesundheitsförderung und -schutz am Arbeitsplatz sind prioritär nötig? Was sind adäquate Stellvertretungslösungen, die keinen versteckten Abbau von Unterricht darstellen?
- Psychische und psychosoziale Gesundheit von Schülerinnen und Schülern: Die Belastung von Schülerinnen und Schülern nimmt nachweislich zu. Mit welchen Massnahmen lässt sich diesem Trend begegnen? Sollten Personal und Budget für die schulische Sozialarbeit und den Schulpsychologischen Dienst nicht dringend erhöht werden?
- Digitalisierung: Was bedeuten die behördlichen Digitalisierungsentscheide für die Schulen? Es geht um die Einführung von Microsoft-Produkten wie MS 365 mitsamt MS Copilot und MS OneDrive sowie um komplexe Fragen rund um Datenschutz, Datenhoheit, Datenzugriff und Garantie von Serviceleistungen.
- Quote von 25-Jährigen bezüglich Sek-II-Abschluss: Der nationale Richtwert von 95 Prozent hat in die strategischen Ziele des Erziehungsdepartements Eingang gefunden. Der Kanton Basel-Stadt hat eine schweizweit rekordtiefe Sek-II-Abschlussquote. Der Anspruch bleibt unbestritten: Erhöhung der Quote zwecks Verminderung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse sowie aus Gründen der demokratischen

Teilhabe. Ist die Abschlussquote als Indikator für kurz- und mittelfristige Veränderungen überhaupt geeignet? Genügen die neuen Projekte Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell (LiB) und im Masterplan Berufsbildung?

- Schulraum und Drei-Rollen-Modell: Schulraum bleibt knapp. Die Ansprüche nehmen jedoch zu: quantitativ und qualitativ. Das Wachstum von Gesamtbevölkerung und Schülerinnen und Schülern hält an. Die neuen Massnahmen zur Optimierung der integrativen Schule und der Ausbau der Tagesstrukturen erhöhen den Raumbedarf. Die bestehenden Raumstandards werden schon länger nicht mehr eingehalten. Die behördliche Schulraumplanung hat sich verbessert, aber noch immer bestehen Grundsatzfragen bezüglich Kommunikation und Rollenverteilung im sogenannten Drei-Rollen-Modell (ED als Besteller, BVD als Ersteller, FD als Finanzierer). Auch haben die Besteller sowie die Nutzenden gerade am Anfang des Prozesses viel zu wenig Gewicht. Das betrifft vor allem auch die Fach- und Lehrpersonen, deren professionsspezifisches Wissen in der frühen Projektplanung so oft verloren geht.

JOBTICKET

Zum Abschluss bewilligte der Grosse Rat die Ausgaben für die Einführung des Jobtickets für kantonale Mitarbeitende sowie die Übernahme der Abo-Kosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung. Gerade beim Jobticket, einem vergünstigten U-Abo, kam so ein unerwartet zäher Prozess zu einem positiven Abschluss – auch dank dem unermüdlichen Einsatz der FSS. Die vorberatende Wirtschafts- und Abgabekommission (mit ablehnendem Stichentscheid der Präsidentin Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP), aber auch die GLP sprachen sich gegen die vorgezogene Einführung aus. Die Vorlage wurde gegen die fast geschlossenen Stimmen von LDP/SVP/Mitte/EVP und FDP mit 48 Ja zu 37 Nein angenommen (Stimmenthaltung GLP).

Text: Mike Bochmann Grob, Mitglied der Geschäftsleitung FSS

WAS SIND EIGENTLICH FK UND GPK?

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) und die Finanzkommission (FK) sind die beiden ständigen Aufsichtskommissionen, mit denen der Grosse Rat einer seiner Hauptaufgaben nachkommt: die Arbeit von Regierung, Verwaltung und Justiz auf ihr Funktionieren, ihre Zweckmässigkeit und ihre Effizienz hin zu überprüfen. Konkrete Entscheide oder Urteile können in der Regel nicht überprüft werden, aber zu einzelnen Untersuchungsbereichen können Spezialkommissionen eingesetzt werden. Beide Kommissionen bestehen aus je 13 Mitgliedern. Die Sitzungen und Protokolle sind nicht öffentlich. Traditionsgemäss werden die Berichte der beiden Kommissionen an der sogenannten Bündelitag-Sitzung vor der Sommerpause traktandiert.

Zur FSS-Bildungspolitik:

Zur Grossratsseite: